



ZUR SACHE – Der monatliche Experten-Kommentar. Der Sozialpolitische Arbeitskreis Tirol kritisiert die Pläne der Landesregierung für eine neue Notschlafstelle für Frauen und Kinder – und fordert echte Sozialpolitik.

Eine Notschlafstelle ist kein Ort für Kinder!

Die Tiroler Landesregierung hat im Februar beschlossen, eine neue Notschlafstelle für 30 Frauen* und Kinder in Innsbruck zu eröffnen. Damit werden die Symptome einer mangelhaften Sozial- und Wohnungspolitik bekämpft, der bestehende Wohnungsnotstand aber weiterhin negiert.

Eine Notschlafstelle ist kein Ort für Kinder! Das Budget, das medial kolportiert wurde, lässt bei der kommunizierten Zahl an Unterzubringenden zudem ein „Verwahren“ befürchten. Die aktive und nachhaltige Bekämpfung von Wohnungslosigkeit von Frauen* und Kindern wird weiterhin auf die lange Bank geschoben. Was diese wirklich brauchen, sind zeitnahe Ablösemöglichkeiten aus den Notquartieren in die eigenen vier Wände. Nur so kann ihnen Privatsphäre, Individualität und Freiheit ermöglicht werden. Denn soziale Probleme verstärken sich im (Zwangs-)Kollektiv noch. Die

psychische und physische Gesundheit von Frauen* und Kindern in Notunterkünften leidet massiv. Leistbare Wohnungen mit ambulantem Betreuungsangebot hingegen bringen: Dauerhaftigkeit.

Frauen*organisationen und Träger der Wohnungslosensarbeit fordern die Landespolitik darum seit Jahrzehnten zum Handeln auf. Statt neuerlicher Symptombekämpfung muss endlich sicheres Wohnen ermöglicht werden. Notschlafstellen und Übergangswohnmöglichkeiten verlagern die Probleme schlicht nur. In der Praxis laufen bestehende Notquartiere in Innsbruck Gefahr, zu Dauerwohneinrichtungen zu werden. Laut den Betreibenden könnte ein Drittel der dort schlafenden Menschen ohne Umwege in eine eigene Wohnung ziehen. Doch das fehlende leistbare Wohnungsangebot und die Diskriminierung am Wohnungsmarkt halten die Menschen im Prekariat. Was es jetzt sofort braucht, ist eine Wohnkostenverord-

nung in der Tiroler Mindestsicherung, die den realen Mietpreisen in Tirol entspricht: Außerdem: Mietzinsbeihilfe ab dem ersten Tag der Meldung. Mittel- und langfristig kann die Situation nur entschärft werden, wenn der gemeinnützige Mietwohnbau priorisiert wird – flankiert von einer Raumordnungs- und Widmungspolitik, die diesen Paradigmenwechsel zulässt. Menschen, die den Wohnort innerhalb Tirols wechseln, dürfen bei der gemeinnützigen Wohnungsvergabe nicht benachteiligt werden. Expertinnen und Experten aus der Wohnungslosensarbeit sollten in die Entwicklung langfristiger Strategien eingebunden werden. Insbesondere in den Bezirken braucht es mehr Sozialberatungsstellen und mobile Sozialarbeitsangebote.

Am Ende helfen: Wohnungen. Wohnungen. Wohnungen. Und zwar leistbare Wohnungen, die Menschen in Not schnell und niederschwellig zugänglich gemacht werden und in denen mithilfe eines ambulanten Sozialarbeitsangebots ein dauerhaftes Zuhause ermöglicht wird. Es gilt, bei der Wurzel anzusetzen und Probleme nicht weiter zu verlagern.

DER SOZIALPOLITISCHE ARBEITSKREIS TIROL ist ein Zusammenschluss aus 26 Mitgliedsorganisationen. Er existiert seit 1985, zählt 900 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und setzt sich für jährlich mehr als 35.000 benachteiligte Menschen ein. www.spak-tirol.at

ÜBERIRDISCH, UNTERIRDISCH – Zitate, die uns im Kopf geblieben sind. Aus Gründen.

KURZ GEFRAGT – Seit 1. Februar können Menschen, die aufgrund homosexueller Handlungen in der Vergangenheit strafrechtlich verfolgt wurden, eine Entschädigungszahlung beantragen. Wie Betroffene von ihrem Recht Gebrauch machen, weiß JayJay, Obperson der Homosexuelle Initiative Tirol.

„Man wird immer gescheiter im Leben.“

Finanzielle Gerechtigkeit

